



Hauptausschuß

16. Sitzung (nichtöffentlicher Teil*)

26. September 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.15 Uhr bis 15.25 Uhr

Vorsitz: Klaus Matthiesen (SPD) (12.15 - 12.45 Uhr)
Lothar Hegemann (CDU) (Stellv.) (12.45 - 15.25 Uhr)

Stenograph: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Der Tagesordnungspunkt "Verbot der Scientology-Church prüfen - Scientology-Church unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stellen" wird in öffentlicher Sitzung behandelt. Siehe dazu Ausschußprotokoll 12/345.

1 Aktuelle Viertelstunde

Der Ausschuß befaßt sich mit folgenden Punkten:

- a) Bericht des Staatssekretärs Frohn zu dem in der Aktuellen Stunde des Landtags am 13. September 1996 angesprochenen Vorgang im Zusammenhang mit dem Verdacht gegen die Westdeutsche Landesbank (auf Antrag der CDU-Fraktion)
(Diskussionsprotokoll Seite 1)

*) öffentlicher Teil siehe APr 12/345

- b) Bericht der Landesanstalt für Rundfunk über die aktuelle Situation im Hinblick auf die Belegung von Kabelanlagen im Raum Aachen (auf Antrag der SPD-Fraktion)

(Diskussionsprotokoll Seite 7)

2 Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Die Präsidenten des Wissenschaftszentrums referieren über die Arbeit der vier Institute.

(Diskussionsprotokoll Seite 11)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1200

Der Ausschuß hört Einführungsvorträge zu den ihn tangierenden Bereichen des Haushaltsplanentwurfs 1997:

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

(Diskussionsprotokoll Seite 20)

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung (Kapitel 05 730)

(Diskussionsprotokoll Seite 22)

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr (Kapitel 08 035)

(Diskussionsprotokoll Seite 23)

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

(Diskussionsprotokoll Seite 23)

Einzelplan 01 - Landtag

(Diskussionsprotokoll Seite 25)

4 Kriminellen Mißbrauch neuer Medien der Datenfernübertragung bekämpfen - Kinderpornographie verhindern

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/855
Vorlagen 12/639, 12/769, 12/853

Der Ausschuß hört einen die entsprechende schriftliche Vorlage ergänzenden Bericht über Extremismus in Datennetzen aus der Sicht der nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbehörde.

(Diskussionsprotokoll Seite 28)

5 Entwurf einer Verordnung über die Durchführung eines Modellversuchs mit digitalem Hörfunk und neuen digitalen Kommunikationsdiensten in Nordrhein-Westfalen (2. Medienversuchsordnung - 2. MVVO)

Vorlage 11/817

Der Ausschuß stimmt der Verordnung einstimmig zu.

(Kein Diskussionsprotokoll)

6 Termin- und Arbeitsplan 1997

Der Ausschuß nimmt den der Einladung zur heutigen Sitzung - E 12/424 - beigefügten Terminplan für 1997 zur Kenntnis und verlegt auf Bitten der Staatskanzlei den für den 25. September 1997 vorgesehenen Sitzungstermin auf den 18. September 1997. Im Anschluß daran diskutiert er kurz über Anregungen des stellvertretenden Vorsitzenden im Zusammenhang mit dem Besuch der Internationalen Funkausstellung in Berlin.

(Kein Diskussionsprotokoll)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1200

Stellv. Vorsitzender Lothar Hegemann stellt voran, der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Haushaltsgesetz 1997 sei nach der ersten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß federführend und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen worden, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung des Unterausschusses Personal zu erfolgen habe. Er schlage vor, der Hauptausschuß behandle den Haushaltsplanentwurf in der Reihenfolge der in der Tagesordnung aufgeführten Einzelpläne und höre heute zunächst die Einführungsvorträge der Häuser. Falls notwendig, sollten Verständnisfragen gestellt werden. In die Beratungen sollte man dann in der nächsten Sitzung eintreten.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

StS Frohn (StK) führt aus, das erste, was beim Einzelplan 02 auffalle, sei, daß er in Teilen neu strukturiert sei. Das habe man gemacht, um ihn noch transparenter zu gestalten und um die eingeschränkten Darstellungsmöglichkeiten in den Titelgruppen zu beheben.

Konkret heiße das: Die bisherigen Titelgruppen 72 - Internationale Zusammenarbeit - und 76 - Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen - sowie den Zuschußtitel "Gedenkstätte Auschwitz" habe man in einem neuen Kapitel 02 030 - Internationale Zusammenarbeit - zusammengefaßt. Wegen der weiterhin zunehmenden Bedeutung der Eine-Welt-Politik habe man die bisherige Titelgruppe 71 und den Titel "Zuschuß an die Stiftung Entwicklung und Frieden" in das neue Kapitel 02 040 überführt.

Zu den Betragssummen: Der Entwurf 1997 des Einzelplans 02 schließe mit Gesamtausgaben von rund 119,6 Millionen DM ab. Das sei, wenn man nicht eine veränderte Veranschlagungspraxis zugrunde lege, ein Überrollhaushalt. Der Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei folge damit dem Konsolidierungskurs der Landesregierung.

Beim Personal würden sowohl bei der Staatskanzlei als auch beim IAT Stellen eingespart. Im Personalhaushalt 1997 der Staatskanzlei - Ministerialkapitel - sei der Sparwille deutlich ablesbar. Man habe eine B-7-Stelle abgebaut und eine B-2-Stelle abgesetzt. Wie 1995 habe man also nicht nur "Indianerstellen", sondern auch Stellen für "Häuptlinge" in Abgang gebracht. Dabei werde die Einsparungspflicht von 2 % der Stellen mit einer internen aufgabenkritischen Überprüfung und Anpassung der Organisationsstruktur verbunden. Man habe 1995 zwei Referate aufgelöst und werde 1997 eine Abteilung zur Gruppe verkleinern und ein Referat auflösen. Das mache es möglich, eine B-7- und eine B-2-Stelle abzubauen. Außerdem würden 1997 im Einzelplan 02 weitere fünf Stellen pauschal kw gestellt. Mit den 15 kw-Vermerken im Fahrdienst der Landesregierung belasteten jetzt insgesamt 24 kw-Vermerke den Personalhaushalt der Staatskanzlei.

Wenn man sich die Wirkungen anschauet, stelle er fest, daß mit den in den letzten drei Jahren 1994, 1995 und 1996 abgebauten Stellen und dem, was 1997 in Abgang gestellt werde, die Stellenzahl um 36 verringert werde. Das sei eine Personaleinsparung von 10 %, die sich, wie er finde, sehen lassen könne.

Mit dem Entwurf des Haushalts zur Sache wolle man die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 13. September auch für den Einzelplan 02 umzusetzen. Er glaube, man habe trotz der notwendigen Einsparmaßnahmen durch Gewichtverschiebungen den politischen Gestaltungswillen deutlich werden lassen können.

Er wolle zunächst zum Kapitel 02 030 - Internationale Zusammenarbeit - Ausführungen machen. Die Landesregierung halte es weiterhin für ihre Pflicht, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung und zum Demokratisierungsprozeß in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zu leisten. Eine Stabilisierung im Osten des Kontinents komme nicht nur der dortigen Bevölkerung zugute, sondern diene auch den mittel- und langfristigen Interessen Nordrhein-Westfalens. Projekte vor Ort böten der Bevölkerung die Chance, ihr Leben in der Heimat zu gestalten und nicht ihr Heil in der Migration nach Westen zu suchen. Von dem, was am Anfang des Weges gestanden habe, nämlich unmittelbare humanitäre Hilfe, damit die Menschen überleben könnten, gehe man jetzt dazu über - die Entwicklung sei in einem Teil dieser Staaten so weit - mitzuhelfen, den Strukturwandel voranzubringen. Dankenswerterweise setzten sich nicht nur humanitäre Initiativen, sondern auch viele Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen ein, indem sie dort investierten und etwas nach vorn brächten.

Neben den Programmen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa konzentriere man sich bei der Zusammenarbeit im Nahen Osten darauf, Projekte, die das Zusammenleben von Israelis und Palästinensern verbesserten, nach vorn zu bringen. Man glaube, daß es Ziel der Politik sein müsse, einen bescheidenen Beitrag zur israelisch-arabischen Verständigung zu leisten, dem palästinensischen Volk vor allem bei der Berufsausbildung zu helfen und den Friedensprozeß voranzubringen. Zu den Maßnahmen gehörten aber auch regionale Entwicklungskonzepte in Oberschlesien, in der Region Ostrava in der Tschechischen Republik und in Westrumänien sowie wirtschaftliche Aus- und Fortbildung in den baltischen Staaten; hier gebe es eine Konzentration auf Lettland.

In einem Land, in dem man früher mehr getan habe, nämlich Rußland, konzentriere sich die Hilfe jetzt auf zwei Regionen, nämlich die Region Kostroma mit einem Weiterbildungszentrum für metallverarbeitende Berufe und die Region Nischni Nowgorod, der man bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung zur Seite stehe.

Wichtige Projekte, mit denen man ein kleines Zeichen für den Wiedergewinn von ziviler Kultur, aber auch von Überlebensfähigkeit setzen könne, seien das Projekt "Hilfen für Frauen in Not" in Bosnien-Herzegowina sowie ein soziales und wirtschaftliches Umweltprogramm in Mazedonien.

Viele der Maßnahmen seien nur deshalb durchzuführen, weil sich eine Menge von Bürgerinnen und Bürgern in den Projekten sehr selbstlos engagierten und ohne jede staatliche Förderung in eigenen Projekten arbeiteten. Dafür könne man nur dankbar sein. Viele Menschen hätten eben doch gelernt, daß es bei allen Schwierigkeiten, die man im Lande habe, noch viel ärmere Menschen gebe, denen zu helfen man bereit sein müsse.

Die Mittel im Kapitel 02 030 habe man im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr um 10 % kürzen müssen. Das sei deshalb möglich geworden, weil man sich noch stärker als bisher auf ausgewählte Regionen konzentriere. In einigen Staaten - beispielsweise in Bulgarien und Ungarn -, in denen man vertreten gewesen sei, seien Projekte ausgelaufen. Auch müßten Maßnahmen zeitlich gestreckt werden.

Er wisse, daß das Kapitel 02 040 - Eine-Welt-Politik - in erster Linie vom Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik beraten werde. Deshalb wolle er hier dazu nur anmerken, daß man die Bemühungen auf diesem Gebiet fortsetze. Mit dem Programm Eine-Welt-Promotoren sei begonnen worden. Es sei in einem komplizierten, aber sehr partnerschaftlichen Prozeß in Trägervielfalt zustande gekommen. Wie unter den Koalitionsfraktionen verabredet, sei am 1. Juli 1996 ein Eine-Welt-Beirat mit 22 Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft, Medien und Nichtregierungsorganisationen gegründet worden. Der Beirat konstituiere sich jetzt und erarbeite eine Arbeitsplattform.

Nach dem letzten Tagesordnungspunkt könne er sich inhaltliche Ausführungen zum Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen sparen. Deshalb nur folgendes: Im Einvernehmen mit den Präsidenten sei man in der Lage, den Instituten ab dem Haushaltsjahr 1996 die Möglichkeit zu geben, ihre jeweiligen Haushalte flexibler zu bewirtschaften. Erstmals hätten zur Deckung von Ausgabenresten, die Ende 1996 gebildet werden könnten, Mittel in Höhe von 123 000 DM veranschlagt werden müssen. Entsprechend den allgemeinen Vorgaben des Finanzministers hätten die Einnahmen und Ausgaben aus Beiträgen Dritter unter Berücksichtigung der Ist-Ausgaben 1995 veranschlagt werden müssen. Dadurch ergäben sich allein beim IAT in der Titelgruppe 99 Mehrausgaben in Höhe von 2 Millionen DM, denen aber entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstünden. Im übrigen hätten sich die Haushalte der Institute nur geringfügig geändert. Der Zuschuß an das Wuppertal Institut bleibe konstant. Der 1996 beim Wissenschaftszentrum einmalig vorgesehene Ansatz für den Exkurs Gentechnologie sei wieder auf null gestellt.

Abschließend wolle er anmerken, daß der Entwurf des Einzelplans 02 sicherlich dadurch eine besondere Gestalt erfahren habe, daß man beim Personalabbau weiter habe voranschreiten können. Das allerdings mache eine extreme Konzentration erforderlich.

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Kapitel 05 730 - Landeszentrale für politische Bildung

Stellv. Vorsitzender Lothar Hegemann macht darauf aufmerksam, daß die für die Haushaltsberatungen erbetene Unterlage als Tischvorlage verteilt worden sei.

Der **Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Dr. Wichert** trägt vor, die Ansätze des Haushalts der Landeszentrale für politische Bildung seien, abgesehen von kleineren technischen Korrekturen, überrollt worden und trügen somit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung Rechnung. Sie reichten aus, um die wichtigen Aufgaben der Landeszentrale und die Funktionsfähigkeit der Arbeit der Weiterbildungsträger zu gewährleisten.

Die vom Vorsitzenden erwähnte Tischvorlage enthalte Ausführungen zur Finanzstruktur der Einrichtungen der politischen Weiterbildung. Sie könne auch als Information im Zusammenhang mit der Evaluationsdebatte dienen; denn ihr seien statistische Durchschnittswerte zur Finanzierung der gesamten politischen Bildung, der Teilnehmertagsstruktur und der Personalkosten zu entnehmen.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Kapitel 08 035 - Medien

Ministerialrat Dr. Lossau (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr) legt dar, auch in dem obengenannten Kapitel fänden sich im wesentlichen überrollte Titel. Eine Ausnahme bilde die Filmstiftung, deren Ansatz erhöht worden sei, was sich aus der Gesetzessystematik und konkret aus der jetzt wirksam werdenden Gebührenerhöhung ergebe. Mit der Gebührenerhöhung steige auch der 2-%-Anteil der Landesanstalt für Rundfunk. Da von diesem 45 % an den WDR für die Finanzierung der Filmstiftung abgetreten würden, habe das Land seinen Finanzierungsanteil von 50 % entsprechend angehoben. Dies mache 3,2 Millionen DM aus.

Ruth Hieronymi (CDU) bittet für die weiteren Beratungen um einen Bericht über das Medienkompetenzzentrum, seine Arbeit im Jahre 1996 und einen Ausblick auf das Jahr 1997.

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Leitender Ministerialrat Lehmann (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten) erläutert, die Ansätze für personelle und sächliche Ausgaben seien auch im Einzelplan 09 im wesentlichen überrollt worden.

Mit dem Haushalt 1996 seien die Mittel für europapolitische Veranstaltungen um 100 000 DM aufgestockt worden; dabei sei es um die Anschubfinanzierung für die Europainitiative NRW gegangen. Die Zuschüsse für die Euregios seien entsprechend gekürzt worden. Man habe aber seinerzeit schon erklärt, daß die Mittel für die Euregios wieder auf den alten Stand gebracht werden sollten, sobald die Finanzierung der Informationsinitiative gesichert sei. Diese Umschichtung werde nunmehr vorgenommen, so daß im Jahre 1997 wieder 387 000 DM für die Förderung der Arbeit der Euregio zur Verfügung stünden.

Bei den Investitionen seien wiederum Mittel für Vorarbeitskosten für den Bau einer Landesvertretung in Berlin veranschlagt worden. Der Ansatz 1996 werde allerdings nicht in Anspruch genommen.

Morgen werde der Bundesrat über seinen Sitz entscheiden. Die Landesregierung mache mit einem Antrag noch einmal deutlich, daß es richtig wäre, an dem Beschluß aus dem Jahre 1991 festzuhalten, in dem es heiße, daß es erst im Lichte der zu gewinnenden Erfahrungen

gen nach dem Umzug von Bundestag und Teilen der Bundesregierung zu einer Entscheidung darüber kommen sollte, ob der Bundesrat auch umziehe. Dieser Beschluß solle nun auf Initiative mehrerer Länder durchkreuzt werden. Es liege ein Antrag der Länder Bayern und Bremen vor, den Umzug des Bundesrates zeitgleich mit dem Bundestag zu vollziehen. Nach dem, was man wisse, müsse davon ausgegangen werden, daß dieser Antrag morgen eine Mehrheit finde.

Seitens des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten sei unabhängig von dem Bundesratsbeschluß mehrfach darauf hingewiesen worden, daß man, wenn der Bundestag und Teile der Bundesregierung in Berlin arbeiteten, eine Vertretung in Berlin benötige. Unterstellt, daß der oben angeführte Antrag morgen angenommen werde, sei die Notwendigkeit erst recht gegeben.

Die Frage des Standortes einer Landesvertretung in Berlin sei noch nicht entschieden; das werde in Kürze geschehen. Dann werde man auch detaillierter darüber berichten können.

Schließlich wolle er noch auf den EU-Personalaustausch eingehen. Es gebe einen Stellenpool, um Beamte aus der Landesregierung für eine bestimmte Zeit in Institutionen der Europäischen Union abzuordnen. Allerdings habe sich herausgestellt, daß die Stellenbewertung A 13 nicht ausreiche, um geeignete Bewerber zu vermitteln. Es sei nun gelungen, drei Stellen von A 13 nach A 15 umzuwandeln, so daß man die Hoffnung haben könne, daß der Stellenpool jetzt voll ausgeschöpft werde.

Ruth Hieronymi (CDU) äußert, seit drei Jahren befinde sich die Landesregierung in einem Begründungszwang für den Ansatz für Vorplanungskosten für den Neubau einer Landesvertretung in Berlin. Gerade vor dem Hintergrund der morgen im Bundesrat anstehenden Entscheidung zeige sich, daß dieser Ansatz nicht gerade ein Signal für den entschlossenen Willen des Landes Nordrhein-Westfalen sei, für den Bundesratssitz Bonn zu kämpfen. Nach ihrer Meinung sei dieser Ansatz in der Standortdiskussion nicht hilfreich gewesen.

Überrascht habe sie, daß die Intention, die die Landesregierung damit verbinde, auf einmal in einem anderen Licht erscheine. Im Erläuterungsband heiße es, die Willensbildung, ob in Berlin ein Neubau für die Landesvertretung errichtet werde, sei noch nicht abgeschlossen. Dagegen begründe die Landesregierung seit drei Jahren ihre Meinung, daß der Standort unbedingt planerisch vorbereitet werden müsse. Diesen Widerspruch könne sie nicht nachvollziehen.

Roland Appel (GRÜNE) meint, angesichts der Lage wäre es besser, über die jeweiligen Kanäle in den Parteien zu versuchen, das, was morgen im Bundesrat an politischer Unvernunft drohe, vielleicht noch abzuwenden, als Zweifel zu sähen, ob denn nun Nordrhein-Westfalen das Seine dazu getan habe; das diene seines Erachtens nicht der Aufhellung des Sachverhalts.

LMR Lehmann (MBEA) ist nicht deutlich geworden, wo Frau Hieronymi einen Widerspruch erkenne. Er habe gesagt, die Entscheidung über den Standort werde zu treffen sein. Es sei schon ein Unterschied, ob man eine Landesvertretung mit allen Funktionen planen

müsse oder ob weiterhin in Bonn in größerem Umfang Aufgaben wahrgenommen werden könnten. Das sei eine konzeptionelle Frage, die auch etwas mit dem Standort zu tun habe. Die Frage, daß in Berlin überhaupt eine Landesvertretung gebaut werden müsse, habe mit der Entscheidung des Bundestages zu tun, nach Berlin umzuziehen.

Ruth Hieronymi (CDU) stellt klar, sie habe mit ihrem Beitrag lediglich darauf aufmerksam machen wollen, daß sich das Ob zum ersten Mal in den Erläuterungen des hier zur Diskussion stehenden Entwurfs des Einzelplans 09 für das Jahr 1997 finde.

Einzelplan 01 - Landtag

Direktor beim Landtag Große-Sender trägt vor, angesichts des umfangreichen Erläuterungsbandes könne er sich auf die Nennung weniger Eckdaten beschränken. - Die Gesamteinnahmen des Einzelplans 01 betragen 3 Millionen DM, die Gesamtausgaben 145 Millionen DM. Somit ergebe sich eine Verminderung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Millionen DM, was im wesentlichen daraus resultiere, daß im kommenden Jahr keine Zahlungen zu erfolgen hätten, die sich aus gesetzlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit einer Landtagswahl ergäben.

Der Stellenbestand vermindere sich von 335 im Jahre 1993 auf nunmehr 323, was einem Stellenabbau von 3,6 % entspreche.

Von seiten der Landtagsverwaltung gebe es keinen Wunsch nach neuen Stellen. Man bitte lediglich um die Umwandlung einer Angestelltenstelle in eine Beamtenstelle des gehobenen Dienstes. Dies geschehe kostenneutral; denn dafür werde eine andere Stelle gestrichen. Außerdem bitte man um die Hebung einer Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst in eine solche des höheren Dienstes. Schließlich schlage man vor, eine Stelle der Lohngruppe 3/2 a MTL einzusparen.

Wie in den vergangenen Jahren bitte er auch diesmal um die Gelegenheit, im Zusammenhang mit der Einführung in den Einzelplan 01 über den Stand der IuK-Technik zu berichten, weil dies unmittelbare Haushaltsrelevanz habe.

Die Anbindung der Landtags-PC an die Wahlkreise über ISDN sei inzwischen realisiert. Damit verfügten die Abgeordneten vom Wahlkreis aus über dieselben Nutzungsmöglichkeiten des Landtagssystems wie im Landtagsgebäude selbst. In den Ausführungsbestimmungen zum Abgeordnetengesetz sei festgelegt worden, daß die Kosten für Hard- und Software sowie die Telefongebühren, die während der Verbindung zum Landtagssystem entstünden, vom Landtag getragen würden.

Der Zugriff auf das Internet sei ein sehr aktuelles Thema. In den Monaten März bis Juni sei donnerstags während der Plenartage im Schulungsraum ein sogenanntes Internet-Café eingerichtet worden. Eine Vielzahl von Abgeordneten und deren Mitarbeiter hätten sich dort über die neuen Dienste informiert. Aus den dabei aufgenommenen Anregungen werde ein Konzept für Landtagsabgeordnete für den Zugriff auf das Internet erarbeitet, das in Kürze dem Präsidium vorgestellt werde. Das Präsidium habe der Verwaltung einen entsprechenden

Auftrag gegeben, der sowohl für den Zugriff als auch für die Präsentation des Landtags über Internet gelte.

Als weiteres Stichwort nenne er die elektronische Post. Die zentralen Netzdienste des Landtagssystems seien inzwischen um die Funktionen von eMail zum elektronischen Versand von Nachrichten erweitert worden. Entsprechende Einführungsveranstaltungen würden vom Benutzer-Service-Zentrum im November angeboten. Wer eine solche Veranstaltung besucht habe, könne unmittelbar danach Teilnehmer an diesem neuen System werden.

Zur Unterstützung der Erstellung der Presseschau und der Pressedokumentation sei ein DV-System beschafft worden. Nach der zur Zeit laufenden Einarbeitungs- und Funktionsprüfungsphase werde noch in diesem Jahr der elektronische Zugriff auf die Presseschau und die Volltexte der Artikel tagesaktuell möglich sein.

In der Sommerpause seien in den meisten Abgeordnetenbüros die Telefone durch ISDN-Apparate ersetzt worden. Fast alle Abgeordneten hätten davon Gebrauch gemacht.

Die bisherige DOS-Benutzeroberfläche für die Infodienste dpa sowie Plenum und Fachausschüsse sei durch die Windows-basierende Internet-Oberfläche Netscape ersetzt worden. Ziel dieser Umstellung sei zum einen eine Vereinfachung bei der Formulierung von Suchabfragen; andererseits werde damit die Perspektive ermöglicht, in absehbarer Zeit mit einem Werkzeug sowohl hausinterne als auch weltweite Informationen abrufen zu können. Eine Realisierung sei noch in diesem Jahr vorgesehen.

Für 1997 sei allem voran die Zweitausstattung geplant. Zwischenzeitlich sei dazu eine Umfrage durchgeführt worden. Etwa 100 Abgeordnete hätten ihr Interesse bekundet. Die Kosten für eine PC-Konfiguration PC und Drucker seien derzeit mit 6 000 DM anzusetzen. Die im Haushaltsentwurf 1997 veranschlagten Mittel in Höhe von 600 000 DM reichten für die Beschaffung aus. Die Details, insbesondere die Frage der Kostenbeteiligung der Abgeordneten, seien als Diskussionspunkt für die nächste Sitzung des Präsidiums vorgesehen.

Bis zum Jahresende 1997 werde das Benutzer-Service-Zentrum die Nutzung der zentralen Netzdienste mit einem Windows95-basierten PC realisiert haben. Somit könne 1997, beginnend mit dem Zeitpunkt einer eventuellen Auslieferung der Zweitausstattung, die Umstellung der Personalcomputer im Abgeordnetenbereich auf Windows95 realisiert werden. Die Umstellung auf Windows95 setze eine Erweiterung der Festplattenkapazität voraus. Hierfür seien 100 000 DM bei Titel 515 10 veranschlagt. Für Software-Updates seien 200 000 DM und für die notwendigen Umschulungen 100 000 DM bei Titel 538 00 eingesetzt worden.

Im Laufe des Jahres 1997 würden die LADO-Nachweisdatenbanken Presse-, Landtags-, Literaturdokumentation und Parlamentsspiegel auf Volltextsysteme umgestellt. Dann stünden sämtliche Landtagsdrucksachen nicht nur als Image, sondern auch als Volltext zur Recherche am PC zur Verfügung. Die gleichzeitige Ablösung der LADO-Recherche-Oberfläche durch die Internet-Oberfläche Netscape erhöhe zudem den Recherchekomfort erheblich und werde es auch gelegentlichen PC-Nutzern ermöglichen, Informationen abzurufen. Wegen des erhöhten Speicherbedarfs und der erwarteten intensiveren Nutzung seien Serveraufrüstungen in Höhe von 200 000 DM erforderlich, die bei Titel 812 00 veranschlagt worden seien.

Auf Fragen des stellvertretenden Vorsitzenden erläutert **Direktor beim Landtag Große-Sender**, der Einbau einer Faxkarte sei bei den mit ISDN ausgestatteten PCs nicht mehr notwendig; diese könnten mit einer entsprechenden Software aufgerüstet werden.

Bei der Zweitausstattung bestehe die Wahlmöglichkeit zwischen einem Tisch-PC und einem Notebook. Beide Versionen seien in etwa kostenneutral.

Werner Jostmeier (CDU) stellt fest, der Landtagsdirektor habe den Preis für den Zweit-PC mit 6 000 DM angegeben. Ihn interessiere, wie dieser Betrag zustande komme. Er halte ihn für weit überzogen. Wenn man heute das Beste vom Besten kaufe, komme man mit der Hälfte des von Herrn Große-Sender genannten Betrags aus. Es möge allerdings sein, daß der hohe Preis auch mit entsprechend notwendig werdenden Verbindungen zusammenhänge.

Das Telefon, das in den Abgeordnetenbüros eingebaut worden sei, sei nach seiner Einschätzung Standard von vor sechs Jahren. Das veranlasse ihn zu der Frage, warum man nicht heutigen Standard gewählt habe.

Ministerialrat Paulukat (Landtagsverwaltung) erklärt, wenn der Zweit-PC ein Notebook sei, werde er mit einem Bildschirm ausgerüstet, der weitgehend auch ergonomischen Anforderungen entspreche, einem sogenannten TFT-Display. So ausgerüstete Notebooks hätten ihren Preis.

Bei dem Desktop-Gerät, das normalerweise billiger zu erhalten sei, werde der Standardbildschirm ein 17-Zoll-Monitor sein. Dieser Standard entspreche den Forderungen von Berufsgenossenschaften und einer EU-Richtlinie, die Grundlage für weitergehende Ausstattung sei. Ein solcher Bildschirm liege in einer Kostenkategorie um 1 500 DM.

Darüber hinaus sei die Ausstattung mit ISDN-PC-Karten vorgesehen, deren Preis zwischen 700 und 800 DM liege. Hinzu kämen diverse Softwarepakete, so daß der Preis von 6 000 DM einschließlich Drucker erreicht werde. Ob der Preis gedrückt werden könne, werde die Ausschreibung zeigen. Der Betrag von 6 000 DM sei auf der Grundlage aktueller Marktpreise kalkuliert.

Werner Jostmeier (CDU) geht davon aus, daß beim Einkauf von über hundert Geräten ein Nachlaß von mindestens 50 % zu erzielen sei. Träfe das zu, hätten die Geräte einen Marktpreis von 12 000 DM. Deshalb bleibe er dabei, daß dieser Preis entschieden zu hoch sei.

In der weiteren Diskussion ergeben sich noch Fragen zur Ausstattung der Fraktionsbüros mit ISDN- und Internet-Anschlüssen, die **Direktor beim Landtag Große-Sender** schriftlich zu beantworten ankündigt. In der Vorlage werde auch noch einmal zu den Anmerkungen des Abgeordneten Jostmeier zum Standard der in den Abgeordnetenbüros aufgestellten ISDN-Telefone und zur Kostenkalkulation bei der Zweitausstattung Stellung genommen.

Schließlich teilt der Landtagsdirektor noch mit, daß der Präsident den Vorsitzenden des Hauptausschusses wegen einer Ergänzung des Einzelplans 01 angeschrieben habe, die aus

der neu zu etatisierenden zweiten Enquete-Kommission resultiere. Diese Ergänzung müßte von den Fraktionen zum Antrag erhoben werden.

Diesen Tagesordnungspunkt abschließend teilt **stellv. Vorsitzender Lothar Hegemann** noch mit, daß der federführende Haushalts- und Finanzausschuß die Fachausschüsse darauf aufmerksam gemacht habe, daß er am 5. Dezember das Haushaltsgesetz 1997 abschließend zur zweiten Lesung behandeln wolle. Die Fachausschüsse seien aufgefordert worden, bis zum 29. November das Ergebnis ihrer Beratungen und Beschlüsse, über Personalangelegenheiten bis zum 28. November dem Haushalts- und Finanzausschuß bekanntzugeben. Zur Erfüllung dieser terminlichen Verpflichtung habe der Hauptausschuß noch die Möglichkeit, am 24. Oktober, am 31. Oktober sowie am 8. November die ihn betreffenden Haushaltsansätze zu beraten, um dann am 28. November die Beratung durch Abstimmung zu erledigen.

4 Kriminellen Mißbrauch neuer Medien der Datenfernübertragung bekämpfen - Kinderpornographie verhindern

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/855

Vorlagen 12/639, 12/769, 12/853

Stellv. Vorsitzender Lothar Hegemann stellt voran, der Antrag sei an den Hauptausschuß federführend sowie an den Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie, den Ausschuß für Innere Verwaltung und den Rechtsausschuß mit der Maßgabe überwiesen worden, ihn im federführenden Ausschuß abschließend in öffentlicher Sitzung zu erledigen.

Der Hauptausschuß habe sich darauf verständigt, eine abschließende Beratung erst dann durchzuführen, wenn das Ergebnis der vom Deutschen Bundestag am 9. Oktober geplanten Anhörung vorliege. In der Sitzung am 13. Juni sei allerdings an den Innenminister die Bitte herangetragen worden, auch zu den Themenfeldern Extremismus in Datennetzen und Wirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit Datenfernübertragung einen Bericht vorzulegen, was auch geschehen sei.

Ministerialdirigent Dr. Baumann (Innenministerium) führt aus, dem Ausschuß seien Berichte des Innenministers aus dem Bereich Polizei und Verfassungsschutz zugegangen. Bezüglich des Verfassungsschutzes wolle er ergänzende Anmerkungen machen.

Der Bericht über Extremismus in Datennetzen, insbesondere im Internet, sei die erste zusammenfassende Darstellung, wie sich Extremisten aus verschiedenen Spektren dieses neuen Kommunikationsmediums bedienen. Die Vorlage vom 10. August sei heute wahrscheinlich schon veraltet; denn sie beruhe auf Recherchen, die Anfang August abgeschlossen worden seien. Insbesondere die Nutzung des Internet durch Extremisten sei in den vergange-